

MAGAZIN

ZUKUNFT FÜR DIE SENNE

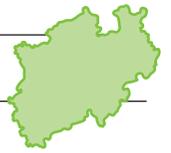
Einsatz für Nationalpark

MULTIRESISTENTE KEIME
IN UNSEREM WASSER

BUND-Untersuchungen
erbringen Nachweis

KAMPF GEGEN
ZWANGSENTEIGNUNG

BUND-Acker blockiert
Tagebau Hambach



NATIONALPARK SENNE
NICHT AUFGEBEN

ZUKUNFT FÜR DIE SENNE

Die geplante Streichung des Nationalparks Senne aus dem Landesentwicklungsplan sorgt für Protest. Auch beim BUND.



**ADALBERT
NIEMEYER-LÜLLWITZ**

Vorstand BUND NRW
Foto: Dirk Jansen

Über 17.000 Einwendungen gegen das Vorhaben der Landesregierung haben die Naturschutzverbände gesammelt. Und auch eine von den Verbänden beauftragte repräsentative EMNID-Umfrage zeigt: Eine große Mehrheit der Bevölkerung will den zweiten NRW-Nationalpark.

LEP: KLEINE STREICHUNG MIT GROSSEN KONSEQUENZEN FÜR EINEN NATIONALPARK

Es geht nur um einen kleinen Halbsatz, den die Landesregierung zur Senne aus dem Landesentwicklungsplan (LEP) streichen möchte. Wegfallen soll die Festlegung „dass die für den Naturschutz festgelegten Gebiete auf dem Truppenübungsplatz Senne am Teutoburger Wald so zu erhalten sind, dass die Unterschutzstellung als Nationalpark möglich ist“. Im Klartext: Zukünftig sollen in der Umgebung des Tuppenübungsplatzes auch Planungen möglich werden, die sich negativ auf den Schutzzweck eines zukünftigen Nationalparks Senne auswirken könnten. Das aber wäre das Ende für eine Senne ohne schädliche ökonomische Nutzung und das Aus für einen Nationalpark.

Der BUND lehnt die LEP-Änderung deshalb entschieden ab. Zusammen mit den anderen Naturschutzverbänden wurden über 17.000 formelle Einwendungen gegen die LEP-Änderung gesammelt und an die Landesregierung übergeben.

Im Koalitionsvertrag begründen die Regierungsparteien ihre Pläne damit, dass ein Nationalpark Senne bei der Bevölkerung der Region keinen Rückhalt hätte. Eine aktuelle repräsentative EMNID-Umfrage widerlegt diese Behauptung. Danach befürwor-



Foto: Günter Bockwinkel

In der Senne gibt es einen unglaublichen Reichtum an Pflanzen- und Tierarten. Mehr als 1.000 von ihnen sind gefährdet oder akut vom Aussterben bedroht.

ten 85 Prozent der Bevölkerung in NRW die Einrichtung eines Nationalparks in der Region Senne. Diese überwältigende Zustimmung der Bürger*innen in NRW ist ein klares Signal an die Landesregierung, den Ausverkauf der einzigartigen Senne-Natur zu stoppen. Auch die BUND-Landesdelegiertenversammlung hat sich einstimmig entschieden gegen die Pläne der Landesregierung ausgesprochen. Eine Nationalpark-Ausweisung, so die Delegierten in ihrer Resolution, bleibe die einzig angemessene und wirkungsvolle Schutzkategorie für das Gebiet.



Foto: Dirk Jansen



MEHR ZUM THEMA

www.bund-rw.de/nationalpark-owl.de



BIOLOGISCHE VIELFALT IM VISIER DER JÄGER

Mit einem neuen Landesjagdgesetz soll das unter Rot-Grün Erreichte wieder rückgängig gemacht werden. Selbst Wildkatzen sollen in die Liste der jagdbaren Arten aufgenommen werden.

In einer 17-seitigen Stellungnahme zum Entwurf für ein neues Landesjagdgesetz hat der BUND zentrale Kritikpunkte aufgelistet. Das Fazit ist verheerend. „Das NRW-Umweltministerium bläst mit dem Abschluss des ökologischen Jagdgesetzes zur Jagd auf die biologische Vielfalt und outet sich dabei als Marionette des Landesjagdverbands“, sagt Holger Sticht, Landesvorsitzender des BUND.

So sollen nicht nur die gefährdeten und durch Jäger fast ausgerotteten Fischotter und Wildkatzen, sondern unter anderem auch alle Greifvogel-, Möwen-, Tauben- und Entenarten in die Liste jagdbarer Arten aufgenommen werden. Lachmöwe, Türkentaube, Blässhalle und Waldschnepfe würden zum Abschuss freigegeben, obwohl sie teilweise erhebliche Bestandsrückgänge zu verzeichnen haben oder nicht sinnvoll verwertet werden können. Beim Fuchs soll die tierschutzwidrige Baujagd wieder freigegeben werden, auch das massenhafte Töten von Krähen durch Jägergruppen („crow busting“) wird wieder ermöglicht. Das verwundert nicht, da diese Art - wie auch der Fuchs und die Marderarten - von den Jägern und Landwirten für den Rückgang von Feldvögeln verantwortlich gemacht wird. „Der eigentliche Grund für die schwindenden Bestände von Rebhuhn, Kiebitz und Co., nämlich die Lebensraumverschlechterung durch die Intensiv-Landwirtschaft, passt nicht ins Weltbild“, so Sticht.

Der BUND forderte die Landesregierung auf, den ungenügenden Gesetzentwurf zurück zu ziehen.



Foto: Dirk Jansen

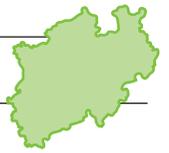
JAHR DER RÜCKSCHRITTE

Nach einem Jahr Schwarz-Gelb in NRW zieht der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht eine ernüchternde Bilanz:

„Die Bilanz der Landesregierung fällt aus Natur- und Umweltsicht erschreckend aus: Einfrieren des so genannten Vorkaufsrechts für den Naturschutz, Auflösung der Stabsstelle Umweltkriminalität, von den Anglern bzw. vom Landesjagdverband diktierte Kormoran-Verordnung und Jagdgesetzänderung, Änderung des Landesentwicklungsplans mit Aufgabe des Grundsatzes zum Flächenverbrauch und des Nationalparkziels in OWL und und und. Auch eine am Schutz der menschlichen Gesundheit orientierte Luftreinhalteplanung wurde ebenso blockiert, wie das Festhalten an der klimaschädlichen Braunkohle zementiert. Das Regierungshandeln wurde in allen Bereichen dem Diktat einer „Entfesselung der Wirtschaft“ untergeordnet. Es war nicht nur ein verlorenes Jahr, sondern ein Jahr der Rückschritte und Verschlechterungen.“

Das kam mit Ansage, war es doch vor der Landtagswahl in den Wahlprogrammen angekündigt und nachfolgend im Koalitionsvertrag skizziert worden. Überraschend war aber, dass die kurzzeitige Umweltministerin Christina Schulze Föcking nur mit Landwirtschaft und sich selbst beschäftigt war, keine eigenen Projekte und gar kein Gegengewicht zu den anderen Ressorts entwickelte. Mit Ursula Heinen-Esser ist nun eine erfahrene und ambitionierte Frau an der Spitze des Umweltministeriums. Ob sie sich gegenüber der Betonpolitik der beiden Regierungsfractionen und der anderen Ministerien behaupten kann, werden die kommenden Monate zeigen. Der BUND wird sie jedenfalls nach Kräften bei allem, was den Natur- und Umweltschutz voran bringt, unterstützen.

Holger Sticht
Vorsitzender



GEFAHR DURCH MULTIRESISTENTE KEIME

Stichprobenartige Gewässeruntersuchungen des BUND in den Kreisen Borken und Viersen enthüllen die Verbreitung potenziell gefährlicher Keime in unserer Umwelt.

Der BUND hatte insgesamt acht Proben aus Bächen im Kreis Borken und aus der Nette (Kreis Viersen) genommen und von der Ruhruniversität Bochum auf multiresistente Keime untersuchen lassen. Das erschreckende Ergebnis: In allen Fällen gelang der Nachweis dieser gefährlichen Erreger. Die höchst belastete Probe wies Keime auf, die gegen 12 Antibiotika resistent sind.

Der Zusammenhang der positiven Befunde mit der dort praktizierten Intensivtierhaltung liegt dabei auf der Hand. Alle Probenahmestellen liegen in der Nähe von Mastanlagen für Schweine, Kälber oder Geflügel. „Obwohl es schwierig ist, aus Stichproben generelle Aussagen zu treffen, sprechen die Ergebnisse dafür, dass wir offenbar ein flächendeckendes Problem haben“, sagte der BUND-Gewässerschutzexperte Paul Kröfges. „Es gibt einen konkreten Zusammenhang zwischen den hohen Besatzdichten an Schweinen und dem Nachweis antibiotikaresistenter Keime. Ursache dafür ist der noch immer zu hohe Einsatz von Antibiotika bei der Tierhaltung.“

Die BUND-Proben im Kreis Borken weisen darauf hin, dass sogar Reserveantibiotika wie Piperacillin oder Imipenem in der Tierhaltung eingesetzt wurden oder werden. In die Gewässer gelangen diese Keime wohl im Wesentlichen über die Gülleausbringung auf die angrenzenden Flächen. Auch in den aus der Nette entnommenen Proben konnten Keime nachgewiesen werden, die gegen drei Reserveantibiotika resistent sind. Der stärkste Befund ergab sich oberhalb der Kläranlage Dülken, im Einzugsbereich einer neueren Schweinemastanlage.

Angesichts von fast 15.000 Toten jährlich in Deutschland durch nicht mehr behandelbare Infektionen und die sich abzeichnende Resistenz auch der letzten Reserve-Antibiotika fordert der BUND die Politik auf, endlich zu handeln. Der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung müsse weiter reduziert werden. Die Landesregierung forderte der BUND auf, ihre zögerliche Haltung aufgeben



BUND-Gewässerschutzexperte Paul Kröfges bei der Probenahme.

und sofort ein umfassendes landesweites Untersuchungsprogramm zu starten.

Umweltstaatssekretär Heinrich Bottermann kündigte daraufhin an, noch im 2018 ein Screening-Programm für Badeseen aufzulegen und bis 2019 ein Bewertungsraster als Grundlage für behördliche Maßnahmen zu entwickeln.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/keime

GRUBENWASSERANSTIEG BIRGT RISIKEN

Das Ende des Steinkohlenbergbaus in NRW rückt näher, aber die Probleme durch das Grubenwasser bleiben.

Eine ganzheitliche Betrachtung der wasserwirtschaftlich-ökologischen Auswirkungen des Steinkohlenbergbaus fehlt bis heute. Dabei ist der beabsichtigte Anstieg des Grubenwassers mit zahlreichen Risiken verbunden. Auch untertägig in großen Mengen vorhandene Giftstoffe wie PCB sorgen für Gefahr. Trotzdem werden wasserrechtliche Erlaubnisse noch immer ohne Öffent-

lichkeitsbeteiligung und Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) erteilt. Dagegen wendet sich der BUND mit einer Resolution. Sie fordert transparente und rechtskonforme Genehmigungsverfahren und eine Gesamt-UVP vor weiteren Genehmigungen.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/grubenwasser

KLAGE GEGEN ZWANGSENTEIGNUNG FÜR TAGEBAU HAMBACH



Foto: Hubert Penschke

Ein kleines BUND-Grundstück versperrt den Braunkohlebaggern im Tagebau Hambach den Weg. Jetzt wurde es zwangsenteignet.

GELBES KREUZ ALS ZEICHEN DES WIDERSTANDES

Etwa 300 Klimaschützer*innen haben Mitte Juli als Zeichen des Protestes ein gelbes Kreuz auf dem BUND-Widerstands-

cker bei Kerpen-Manheim installiert. Deswegen unmissverständliche Botschaft: Baggern verboten - kein Quadratmeter für die Braunkohle! Zuvor hatte das Land Nordrhein-Westfalen auf Antrag des Kohlemultis RWE die Zwangsenteignung des Grundstücks verfügt.

Erfahren hatte das der BUND durch Zeitungsberichte, was ein bezeichnendes Licht auf die Kumpanei von Behörden und RWE wirft. Umgehend reichte der BUND eine Klage gegen die Grundabtretung an.

Denn eine solcher Eingriff in das grundgesetzlich geschützte Eigentumsrecht ist selbst nach dem Bergrecht nur dann zulässig, wenn die Enteignung dem Wohle der Allgemeinheit dient. Davon aber kann keine Rede sein. Die Braunkohle ist der klimaschädlichste aller Energieträger, hat massive Auswirkungen auf die Natur und den Gewässerhaushalt und vertreibt Tausende aus ihrer Heimat. Dazu brauchen wir diese Kohle heute nicht mehr zur Sicherung der Energieversorgung. Schon einmal hatte sich der BUND gegen die Zwangsenteignung eines Verbandsgrundstücks gewehrt - mit Erfolg. 2013 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Grundabtretung der BUND-Obstwiese im Tagebau Garzweiler an RWE für grundgesetzwidrig.

Mit der Klage gegen die Zwangsenteignung führt der BUND nun fünf juristische Verfahren zum Stopp des Tagebaus und zur Rettung des Hambacher Waldes. Unlängst hatten wir auch einen Eilantrag gegen die Hauptbetriebsplanzulassung von 2018 bis 2020 eingereicht. Damit wollen wir einen Wiederaufnahme der Rodungen im Hambacher Wald ab dem 1. Oktober verhindern.

Zur Finanzierung der Klagen ist der BUND auf Spenden angewiesen. Allen Spender*innen gilt schon jetzt unser herzlicher Dank!



FOTOSTRECKE

Bilder der Aktion und Infos unter:
www.bund-nrw.de/zwangsenteignung



Foto: Gaby Brunsmeier

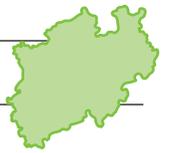
SONNE SATT

BUND-Aktive im Märkischen Kreis haben eine neue Fotovoltaikanlage installiert.

Hans Jürgen Badziura vom Verein Heesfelder Mühle e.V. stellte das Dach auf dem Schmiedegebäude am Sessinghauser Hammer zur Verfügung. Gemeinsam mit Rainer Orth und Christoph Wippermann von der BUND-Kreisgruppe sowie Klaus Brunsmeier vom BUND-Landesverband wurde das Projekt dann in Angriff genommen. Auf dem ehemaligen Fabrik-

gelände in Kierspe-Bollwerk erzeugt damit schon das dritte Kraftwerk erneuerbare Energie. Insgesamt werden rund 100.000 Kilowattstunden pro Jahr erwartet, was dem Stromverbrauch von rund 25 Familien entspricht.

Fotovoltaikanlagen sollen zukünftig rund ein Drittel der Stromerzeugung in Deutschland übernehmen. Damit diese nicht als Freiflächenanlagen gebaut werden, ist es besonders wichtig, sie möglichst auf die Dächer von Häusern und Fabrikanlagen zu bauen.



POLITIK GEGEN SAUBERE LUFT

Seit 2010 gelten die Grenzwerte für Stickstoffdioxid. Doch trotz eindeutiger Gerichtsurteile wird die Luftreinhalteplanung weiter verzögert. Damit werden Fahrverbote immer wahrscheinlicher.

Verzögern, ablenken, täuschen

Seit Monaten verzögert die NRW-Landesregierung die Fortschreibung der Luftreinhaltepläne. Damit werden auch wirksame Maßnahmen zur Eindämmung der Diesel-Flut und für tragfähige Alternativen zum Autoverkehr blockiert. Die neueste Masche dabei ist es, die seit Jahren gängige und von der EU zertifizierte Messmethodik infrage zu stellen. Auch gibt es bislang keinen politischen Willen, die

Autoindustrie auf deren Kosten zur Hardware-Nachrüstung zu verpflichten. Damit werden Fahrbeschränkungen für Diesel-Fahrzeuge immer wahrscheinlicher. Aber auch die betroffenen Kommunen tun zu wenig. Noch immer vorherrschend ist das Leitbild der autogerechten Stadt. Leidtragende sind die in den Städten lebenden Menschen. Atemwegs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen und tausende vorzeitige Todesfälle werden so fahrlässig in Kauf genommen.

Das nimmt der BUND nicht hin. Mit Fach- und Lobbyarbeit, mit Aktionen und einer ständigen Medienpräsenz kämpfen wir für unser Recht auf saubere Luft. Eine umfassende Verkehrswende ist überfällig.

ÜBERFLÜSSIGE AUTOBAHN

Der Lückenschluss der Eifel-Autobahn A1 ist überflüssig und bleibt trotz "optimierter Trasse" umweltschädlich.

Eine 600 Meter lange Untertunnelung des Vogelschutzgebiets im Ahrdorfer Wald und eine leichte Verschwenkung der Trasse soll nun den Weg frei machen für den jahrzehntelang geplanten Lückenschluss der Autobahn A1. Doch auch wenn der Eingriff in eines der ökologisch sensibelsten Areale in der Eifel damit verrin-

gert wird, bleiben viele Probleme. Dabei ist der Autobahnbau aus verkehrlicher Sicht überflüssig. Zudem gibt es eine umweltfreundlichere Alternative. Der Widerstand des BUND gegen das Vorhaben geht also weiter.



MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/verkehr

MITMACHEN



RECHT AUF SAUBERE LUFT

In Düsseldorf kämpft ein Aktionsbündnis aus BUND, ADFC und VCD für saubere Luft.

Düsseldorf ist ein Belastungsschwerpunkt für das gesundheitsschädliche Stickstoffdioxid. Die Grenzwerte werden hier um 50 Prozent überschritten, was hauptsächlich an den einpendelnden Diesel-Fahrer*innen liegt. Die Stadt muss täglich fast 300.000 Pendler*innen verkraften. Viele davon kommen in Diesel-Pkw, die ein mehr Mehrfaches der zulässigen Schadstoffe ausstoßen. Trotzdem wird auch hier die längst überfällige Fortschreibung des Luftreinhalteplans verzögert.

BUND, ADFC und VCD wollen das nicht länger hinnehmen. Sie haben sich deshalb zu einem Aktionsbündnis zusammengetan, um für mehr Lebensqualität zu sorgen und die Verkehrswende voran zu treiben.

Für den 31. August 2018 plant das Aktionsbündnis eine plakative Aktion. Dann wird die Corneliusstraße, eine der hoch belasteten Haupteinfallstraßen, für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen zurückerobert. Um 16 Uhr geht's los. Machen Sie mit!



INFOS ZUR AKTION
www.saubere-luft-duesseldorf.de



Foto: Dirk Jansen

GLYPHOSAT IM GARTEN

Eine BUND-Abfrage zeigt Handlungsbedarf gegen Gifteinsatz auf.

Immer mehr Gartencenter und Baumärkte stoppen den Verkauf glyphosathaltiger Herbizide für den Einsatz in Haus- und Kleingärten - andere halten jedoch weiterhin hieran fest oder geben keinerlei Auskunft hierüber. Dies zeigt eine Abfrage des BUND bei 30 teils bundesweit tätigen, teils inhabergeführten Gartencentern und Baumärkten in Nordrhein-Westfalen.

„Glyphosat im Haus- oder Vorgarten – das braucht kein Mensch! Es schädigt die Natur und gefährdet die eigene Gesundheit“, so der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht. Auch wenn die hier eingesetzten Mengen im Vergleich zu denen in der Landwirtschaft gering sind, so ist die Gefahr von Fehlanwendungen durch Laien um Beispiel kurz bevor es regnet, eine erneute Ausbringung nach Niederschlägen oder verbotener Weise auf befestigten Flächen wie Garageneinfahrten und in Pflasterritzen hoch“. Der BUND empfiehlt deshalb: Augen auf beim Einkauf! Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben, den Einsatz glyphosathaltiger Mittel deutlich einzuschränken und so schnell wie möglich zu beenden. Dem müssen nun schnell Taten folgen.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/agrar



NOTIZEN AUS DEM BUND NRW



GRÜNE ZUKUNFT:

Die BUND-Kreisgruppe Mönchengladbach hat ein stadtoökologisches Konzept vorgelegt.

"Grüne Zukunft für eine lebenswerte Stadt" - unter diesem Titel beschreiben die Autoren detailreich, was Politik, Verwaltung, Unternehmen und Bürger*innen tun können, um die Lebensqualität in Mönchengladbach bis 2030 nachhaltig zu verbessern. Auch als Grundlage für andere Städte sehr empfehlenswert!

➔ www.bund-mg.de



Foto: Justus Siebert

BIBER-BOTSCHAFTER:

Gemeinsam mit der Natur und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA) bildet der BUND Biber-Botschafter aus.

Der Biber kehrt zurück nach NRW. Was für den BUND ein Erfolgsgeschichte ist, wird von Landwirten und anderen häufig als Bedrohung aufgefasst. Aufklärung und ein kluges Biber-Management sind also notwendig. Mit seinem Fortbildungs-Angebot schließt der BUND diese Lücke.

➔ www.biber-nrw.de



VOGELSCHLAG AN GLASFASSADEN:

Wie können wir unsere Vögel vor der Kollision mit Glasfassaden schützen?

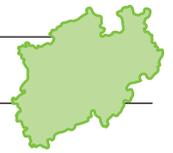
Eine BUND-Fachtagung gab Antworten.

Anfang Juni trafen sich auf Einladung von BUND-Projektleiterin Judith Förster circa 60 Fachleute aus Naturschutz- und Baubehörden, der Architektur, Glas- und Folienindustrie und dem Naturschutz um sich über das Problem "Vogelschlag an Glas" und die Lösungen auszutauschen. Alle Vorträge der Vogelschlag-Tagung stehen jetzt als Filme (Youtube) sowie zum Herunterladen zur Verfügung.

➔ www.bund-nrw.de/vogelschlag



Was haben wir erreicht? Wo steht unser Verband? Den 36-seitigen Jahresbericht finden Sie als Download unter www.bund-nrw.de/service/publikationen. Gedruckte Einzel Exemplare können in der BUND-Landesgeschäftsstelle bestellt werden.



BUCH-TIPP



DIE ORCHIDEEN NORD- RHEIN-WESTFALENS

Arbeitskreis
Heimische
Orchideen

2018
400 Seiten,
24,90€ zzgl. Versand

Der Arbeitskreis Heimische Orchideen im BUND NRW hat jetzt das neue Standardwerk veröffentlicht.

Der Atlas fasst die Ergebnisse mehr als 15-jähriger Beobachtungen von Orchideenvorkommen durch 250 ehrenamtliche Helfer*innen in ganz Nordrhein-Westfalen zusammen. Das 400 Seiten starke Werk im DIN-A4-Format stellt in Form von Art-Steckbriefen alle 52 seltenen Orchideenarten und -unterarten vor, die in NRW vorkommen. Alle Arten werden reich bebildert und mit Karten illustriert. Ein Muss für alle Naturfreund*innen!

Bezugsadresse: LWL-Museum für Naturkunde, Sentruper Str. 285, 48161 Münster. Telefon 0251- 591-05, naturkundemuseum@lwl.org



Kai Pflaume überreicht den Scheck an Gabi Falk und Holger Sticht.

„BUNDte Inseln“ in Köln

Die Deutsche Postcode-Lotterie fördert eine Naturschutzprojekt der BUND Kreisgruppe Köln mit 50.000 Euro.

Im Namen der Postcode-Lotterie übergab TV-Moderator Kai Pflaume am 12. Juli Gabi Falk von der BUND-Kreisgruppe Köln einen Scheck über 50.000 Euro. Damit fördert die Lotterie ein Jahr lang das neue BUND-Projekt „BUNDte Inseln“. Hierbei geht es darum, die innerstädtischen Vorkommen seltener Pflanzenarten Kölns zu retten und dauerhaft zu sichern. Auch der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht freute sich über die willkommene Finanzspritze zugunsten des Stadtnaturschutzes.

Im Rahmen des von der Stiftung für Umwelt und Entwicklung geförderten Projekts „Köln kartiert“ waren zwischen 2013 und 2015 an die 200 Pflanzenarten der Roten Liste auf innerstädtischen Brachflächen, Baumscheiben, Verkehrsinseln u.a. festgestellt worden. Diese meist sehr kleinen, inselartigen Vorkommen sind vielfach gefährdet durch Baumaßnahmen, fehlende oder unsachgemäße Pflege.

Im Zuge des neuen Projekts werden in Absprache mit den Eigentümern Pflegekonzepte erstellt und umgesetzt. Durch begleitende Öffentlichkeitsarbeit soll für die Bedeutung der „wildern Stadtecken“ für die biologische Vielfalt geworben werden. Gleichzeitig werden Lokal-Saatgut gewonnen und neue Standorte akquiriert, um die Zahl der BUNDten Inseln zu mehrern.



MEHR ZUR ARBEIT DER KREISGRUPPE KÖLN

www.bund-koeln.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vertreten durch Holger Sticht, Vorsitzender, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel. 0211 - 30 200 5-0, Fax -26, www.bund-nrw.de

Redaktion: Dirk Jansen, Geschäftsleiter, Tel. 0211 - 30 200 522, dirk.jansen@bund.net

Auflage: 22.000; **Druck und Versand:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen

BUND-Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencod: BFSWDE33XXX, Konto: DE 10 3702 0500 0008 2046 0

Hinweis: Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! Nachdruck nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. Das **BUND-Magazin** erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.09.2018, © BUND NRW e.V., August 2018



TERMINE

Sa. 25.08. ab 14 Uhr	Sommerfest des BUND NRW Haus der Natur und BUND-Lehrgarten, Vinckestraße 91, 44632 Herne
Mi. 10.09. 17.30 Uhr	Botanik vor der Haustür - Pflanzenwelt in Bochum Bochum-Gerthe, Amtmann-Ibing-Str. am Kreisel
So. 23.09. ab 14 Uhr	Apfelfest in Olfen Olfen, Obstwiese am Benthof 5
Mo. 24.09. ab 13 Uhr	Den Grenzen des Wachstums auf der Spur Mehrtägiges Seminar der BUNDjugend zu al- ternative Modellen des Wirtschaftens. Tagungshaus am Mühlenbach, Werl

➔ Alle näheren Infos und viele weitere Termine finden Sie unter: www.bund-nrw.de/service/termine